

Energiekrise und Armut

**Beschluss der Synode des Evangelischen Kirchenkreises Bonn am
12. November 2022**

1. Die Synode beschließt die Resolution „Energiekrise und Armut“ und bittet den Kreissynodalvorstand, diese zu veröffentlichen und die darin enthaltenen Positionen in den Medien zu verbreiten.
2. Die Synode begrüßt die in vielen Gemeinden stattfindenden Aktivitäten zur Organisation konkreter Hilfen. Sie bittet die Gemeinden zu prüfen, welche weiteren Hilfen sie anbieten können, um den von der Energiekrise besonders hart betroffenen Menschen Unterstützung zu bieten.
3. Die Synode beauftragt das Diakonische Werk gemeinsam mit dem Kirchenkreis und den Gemeinden Hilfsangebote zu entwickeln bzw. die Gemeinden bei ihren Aktivitäten zu unterstützen.
4. Die Synode ruft alle Menschen, die es sich aufgrund ihrer Einkommenssituation leisten können, dazu auf, die staatlichen Hilfen, die sie in der Krise bekommen, ganz oder teilweise zu spenden für Hilfsmaßnahmen und direkte Hilfen an Bedürftige.
5. Die Resolution ist auch ein Antrag an die Landessynode, mit der Bitte entsprechende Positionen zu beschließen und öffentlich zu vertreten.

Energiekrise und Armut

I Armut verschärft sich. Jetzt und hier.

Der verbrecherische Krieg Russlands in der Ukraine und die Folgen der wechselseitigen Wirtschaftssanktionen haben zu einer Energiekrise geführt, die alle Lebensbereiche in unserem Land betrifft.

Die Energiepolitik der letzten Bundes- und Landesregierungen hat den schon lange notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien stark vernachlässigt. Deutschland hat sich zugleich in eine Abhängigkeit von fossilen Energien und besonders von russischem Gas manövriert. Das erst hat die Grundlage für die heutige Energiekrise geschaffen. Bei allen aktuellen Krisen ist es deshalb wichtig, das langfristige Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren, den zügigen und umfassenden Ausbau regenerativer Energiequellen.

Wirtschaft und Privathaushalte spüren bereits die extrem steigenden Energiekosten. Insbesondere Personen mit geringem Einkommen können das jetzt schon nicht finanzieren.

Es ist mit weiteren erheblichen Energiepreissteigerungen zu rechnen. Die Steigerungen der Energiepreise belasten nicht nur die Endabnehmer, die Haushalte, sondern auch kleine und mittlere Betriebe, vor allem energieintensive Handwerksbetriebe und Kleinunternehmer.

Die Maßnahmen der Bundesregierung waren jeweils teilweise hilfreich, haben aber die finanzielle Notlage in Haushalten mit geringem Einkommen nicht behoben.

Einkommensschwache Haushalte leiden überproportional stark unter der rasanten Teuerung, das in vielen Fällen zu existenzbedrohenden Krisen führt.

Die einkommensschwächsten Haushalte geben einen großen Teil ihres Konsums für die Preistreiber Nahrungsmittel, Wohnen und Haushaltsenergie aus. Die betroffenen Haushalte geraten zunehmend in eine finanziell aussichtslose Situation.

Aus der Beratungsarbeit der Diakonischen Werke wissen wir, dass zum Beispiel Stromabschläge verdreifacht wurden. Menschen können am Ende des Monats ihre Lebensmittel nicht mehr bezahlen. Die Verzweiflung ist groß und wächst weiter. Menschen berichten, im Supermarkt gestohlen zu haben, weil ihnen Geld für die nötigsten Lebensmittel fehlt. Kinder werden aus der Betreuung abgemeldet, weil das Geld für das Pausenbrot fehlt.

In der politischen Diskussion werden Menschen mit geringem Arbeitseinkommen und Sozialleistungsempfänger gegeneinander ausgespielt, oft mit falschen Behauptungen über die Höhe ihrer Einkommen. Beide brauchen Hilfe bei der Finanzierung ihres Lebens.

II Was muss die Gesellschaft tun?

1. Wir fordern von Bund Land und Kommunen, alles Notwendige zu tun, damit insbesondere Menschen mit geringem Einkommen ihre Lebenshaltungskosten weiterhin decken können, inklusive Heizung und Strom.

Für alle Personenkreise muss gelten, dass

- Menschen ihre Wohnung nicht verlieren dürfen.
 - Strom- und Gassperren vermieden werden müssen.
 - Das Existenzminimum gewährleistet werden muss.
 - Steigende Energiekosten nicht dazu führen dürfen, dass Menschen in die Überschuldung geraten.
2. Zur Finanzierung entsprechender Maßnahmen fordert die Synode eine stärkere Beteiligung von Vermögenden und Besserverdienenden, zum Beispiel durch höhere Steuern für hohe Einkommensgruppen und eine grundgesetzkonforme Gestaltung einer Vermögenssteuer.
 3. Kurzfristig fordern wir:
 - Monatliche Energiekostenzuschüsse für Geringverdiener, Rentner und Studierende, die sich den aktuellen, möglicherweise steigenden Energiekosten laufend angepasst werden.
 - Die Bezieher*innen von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder dem AsylbLG sind besonders gefährdet und müssen bei den Unterstützungsmaßnahmen vorrangig bedacht werden. Eine notwendige Sofortmaßnahme ist die Übernahme der Stromkosten durch die Jobcenter bzw. Sozialämter.
 - Verbot von Wohnungskündigungen und Liefersperren wegen ausbleibender Zahlungen für Heizung und Strom
 - Erhöhung des Bürgergeldes so, dass mindestens der Lebensstandard vor der Energiekrise für Sozialleistungsbeziehende wieder erreicht werden kann. Dazu ist eine Erhöhung des Regelsatzes um 20% erforderlich
 - Aufstockung der Sozialberatung und deren Finanzierung durch Stadt bzw. Kreis
 4. Die Diakonie Deutschland schlägt deshalb einen Notfallmechanismus vor: Bei einer vom Bundestag festgestellten sozialen Notlage von nationaler Tragweite sollen Haushalte, die Wohngeld, Kinderzuschlag, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Sozialgeld nach dem SGB II oder Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit beziehen einen Krisenzuschlag erhalten. Dieser müsste derzeit mindestens 100 Euro pro Monat für eine Dauer von sechs Monaten betragen und regelmäßig angepasst werden.

III Was tun wir als evangelische Kirche?

1. Die Kirche sieht sich als verfasste Kirche und Diakonie in der Pflicht, ihre Stimme in der Öffentlichkeit für jene Menschen zu erheben, die in dieser Krise rapide ärmer werden. Sie fordert die politisch Handelnden auf, eklatante Armut aufgrund der Energiekrise zu verhindern.
2. Die Kirche nutzt ihre Ressourcen, um Menschen in der aktuellen Not beizustehen. Das geschieht über die Werke der Diakonie ebenso wie auf allen Ebenen der verfassten Kirche. Beide müssen in dieser Krise eng zusammenarbeiten und sich aufeinander beziehen. Eine besondere Aufgabe haben die Gemeinden, da sie in der Lage sind soziale Netze vor Ort aufzubauen und zu stärken. Es gilt, die guten Initiativen und Beispiele zu sammeln und für andere als Anregung aufzubereiten.
3. Die Kirche ruft alle Menschen, die es sich aufgrund ihrer Einkommenssituation leisten können, dazu auf, die staatlichen Hilfen, die sie in der Krise bekommen, ganz oder teilweise zu spenden für Hilfsmaßnahmen und direkte Hilfen an Bedürftige.

Anhang: Vorschläge für Aktivitäten zum Thema Armut und Energiekrise

Die Ideen für tätige soziale Unterstützung in den Gemeinden sind vielfältig. Hierzu gehören:

Aktivitäten von Kirche und Diakonie in der Gesellschaft:

- Einberufung eines Runden Tisches Energiearmut
- Kooperationen mit Mietervereinen, Verbraucherzentrale usw.
- Gemeinsam auf Energieversorger / Stadtwerke zugehen, Verfahren zur Vermeidung von Gas- und Stromsperrern vereinbaren.
- Zusammenarbeit mit Kommunen im Rahmen des Katastrophenschutzes

Beratungsangebote von Kirche und Diakonie stärken:

- Viele Menschen werden verstärkt auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Beratungsangebote, wie z.B. die Allgemeine Sozialberatung in Kirche und Diakonie sollten daher aufrechterhalten, geschaffen oder erweitert werden.
- Energieberatung und finanzielle Mittel für den Austausch energiesparender Leuchtmittel oder weißer Ware helfen den Haushalten und dem Klima.

Aktivitäten in den Kirchengemeinden:

- Food-Sharing-Projekte und Give-Boxen fördern oder initiieren.
- Beheizte Gemeinderäume als Begegnungsräume öffnen
- Spenden sammeln für Akuthilfen

www.bonn-evangelisch.de / www.diakonie-bonn.de